

N i e d e r s c h r i f t

über die 67. (898.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Mittwoch, den 16. Juni 2021, 19.30 Uhr, im Haus der Insel, großer Saal

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Sascha Bents
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Olaf Sommer bis 20.13 Uhr
Ratsherr Kim Streitbürger
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Katja Heimes

Als Gast:

Steffen Jakob, Vorarbeiter Bahnwerkstatt

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wurde im Vorfeld um den Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 10: Zertifizierung „Biosphärenreservat“
(s. Vorlage Nr. VO21-113a – Ergänzungsvorlage)**

erweitert.

Die Tagesordnungspunkte

**Zu Punkt 16: Energetische Sanierung Turnhalle
hier: Elektroarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO21-145)**

und

**Zu Punkt 19: Sicherung von Boden für den Tourismus-Service der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO21-148)**

sind von der Tagesordnung abzusetzen.

Eine Beschlussfassung ist bereits im Verwaltungsausschuss erfolgt.

Ratsherr Uecker teilt mit, dass er nach § 41 NKomVG an der Beratung und Abstimmung zu Punkt 11 nicht teilnehmen wird.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 66. (897.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 10.05.2021

Die Niederschrift über die 66. (897.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 10.05.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 66. (897.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 10.05.2021 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: kein Punkt

(in der Einladung falsche Reihenfolge)

Zu Punkt 6: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 7: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt verweist auf die Punkte 9 und 10 und möchte wissen, ob während der Beratung der Tagesordnungspunkte vom Publikum Fragen an Herrn Rahmel gestellt werden dürfen.

Ratsvorsitzender Adelmund antwortet, dass eine 10-minütige Ausführung durch Herrn Rahmel geplant sei und im Anschluss Fragen gestellt werden können. Es würden aus Zeitgründen aber nicht alle Fragen zugelassen werden können. Es soll noch eine gesonderte Veranstaltung stattfinden.

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt verweist auf den Punkt 20. In der Vorlage sei die weitere Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Eschen erwähnt. Er möchte wissen, wer die Gestaltung und Kosten überwacht.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass die Entscheidung für die weitere Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Eschen von Rat und Verwaltung getroffen wurde. Weiteres ergebe sich direkt unter Tagesordnungspunkt 20.

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt verweist auf den Punkt 22 zur Aufhebung der Fahrgastbegrenzung und möchte in dem Zusammenhang wissen, wann die Brücken fertiggestellt werden und woran die Verzögerung liege. Eine Vollausslastung der Fahrgastschiffe sei seines Erachtens nicht zu bewältigen.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Beantwortung unter Punkt 23.

Christopher Zörner

Herr Zörner fragt nach dem Sachstand der Onlinebuchung.

Ratsvorsitzender Adelmund erklärt, dass die Onlinebuchung nicht Bestandteil der heutigen Sitzung sei.

Christopher Zörner

Herr Zörner verweist auf die Punkte 9 und 10 und möchte wissen, ob der Rat im Austausch mit anderen Gemeinden sei, die sich am Biosphärenreservat beteiligen.

Herr Adelmund teilt mit, dass er Rücksprache mit dem Ratsvorsitzenden von Norderney gehalten habe. Dort werde man sich im Juli für die Beteiligung entscheiden. Die Inseln Borkum und Baltrum haben eine Beteiligung abgelehnt. Er berichtet über die Proteste der Landwirte gegen die Ausweitung der Naturschutzgebiete.

Die Frage von Herrn Zörner, ob mit der Stadt Norden, die sich am Biosphärenreservat beteiligen, gesprochen wurde, verneint Ratsvorsitzender Adelmund.

Uwe Garrels

Herr Garrels verweist auf den Punkt 13. Der Bauausschuss habe eine andere Empfehlung ausgesprochen wie die Verwaltung. Er fragt, ob im Vorfeld mit den Antragstellern gesprochen wurde.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass ein Gespräch mit den Antragstellern stattgefunden habe. Die Vorlage sei ein Extrakt des Gesprächs.

Zu Punkt 8: Bekanntgabe Eilentscheidung gem. § 89 Nkom VG hier: Erstellung eines Brandschutzkonzeptes für das Rathaus Langeoog (s. Vorlage Nr. VO21-110)

Bürgermeisterin Horn erläutert den Sachverhalt.

Der Rat nimmt die Eilentscheidung zur Kenntnis.

Zu Punkt 9: Digitale Zuschaltung der Nationalparkverwaltung für Fragen zum Biosphärenreservat

Herr Rahmel, Dezernent der Nationalparkverwaltung, wird via Videokonferenz zur Sitzung zugeschaltet. Herr Rahmel möchte zur Entwicklung des Biosphärenreservates vortragen. Für das Biosphärenreservat Niedersächsisches Wattenmeer möchte die Nationalparkverwaltung eine erweiterte Entwicklungszone, die sich auf die Hoheitsgebiete der angrenzenden Küstengemeinden erstrecken soll, einrichten. Die Befürchtung, der Nationalpark werde erweitert, weist er zurück. Die Kommune würde sich der Auszeichnung als Biosphärenreservat anschließen. Dies sei ein zusätzlicher Schutz für die Flächen. Vor dem Hintergrund müssten die Küstengemeinden nun über ihre Zugehörigkeit zur Entwicklungszone entscheiden. Der Beitritt erfolge freiwillig. Eine Austrittsmöglichkeit sei zu jedem Zeitpunkt gegeben. Rechtliche Verpflichtungen zur Erreichung konkreter Ziele oder gar Auflagen werde es nicht geben. Das Planungsrecht der Gemeinden werde durch einen Beitritt zur Entwicklungszone nicht berührt oder eingeschränkt. Das Land Niedersachsen habe die Änderung des Nationalparkgesetzes beschlossen. Die Nationalparkverwaltung werde das Biosphärenreservat verwalten, habe aber keinen hoheitlichen Einfluss auf das Biosphärenreservat. Er teilt mit, dass die Gemeinden Jemgum, Hage, Schortens, Sande, Zetel, Wilhelmshaven, Spiekeroog und Norden bereits beigetreten seien. Mitteilungen der Inseln Wangerooge und Norderney stünden noch aus. Von 30 angefragten Kommunen erwarte er eine Teilnahme von etwa 12 Gemeinden. Herr Rahmel bietet eine weitere Informationsveranstaltung an.

Bürgermeisterin Horn bringt vor, dass auf der Insel aus der Historie des Nationalparks zum Beitritt zum Biosphärenreservat viele Bedenken bestehen. Ihre Bitte wäre die Entscheidung bis August zu verschieben. Durch Corona sei nicht die Möglichkeit gewesen, tiefer in das Thema einzusteigen.

Herr Rahmel erklärt, dass der Antrag bis Ende Oktober abgegeben werden müsse. Die Entscheidung sollte dann im August fallen. Vorher könne er gerne eine Informationsveranstaltung anbieten.

Bürgermeisterin Horn bringt als Beispiel vor, im Wäldchen würde ein besonderer Regenwurm entdeckt und die Biosphäre wolle diesen schützen, so dass die Wege im Wäldchen nicht mehr genutzt werden dürfen. Sie fragt, ob ein Zugriffsrecht des Biosphärenreservats bestünde und die Kommune kein Mitspracherecht habe.

Herr Rahmel verneint dies. Dies sei nicht gewollt. Vom Biosphärenreservat gehe keine Gefahr aus. Er verweist in dem Zusammenhang auf das Naturschutzrecht.

Ratsvorsitzender Adelmund hält eine Informationsveranstaltung statt jetzt Publikumsfragen zu beantworten. für sinnvoller,

Seitens der Verwaltung wird der 05. August 2021 für eine Informationsveranstaltung vorgeschlagen.

Herr Rahmel wird die Terminierung klären.

Bürgermeisterin Horn fragt nach einer möglichen Kündigung der Kooperation und ob damit jede Tätigkeit sofort beendet wäre.

Herr Rahmel erklärt, dass ein Ausstieg sofort wirksam werde und sofort alle Aktivitäten ruhen. Es bestehe keine rechtliche Bindung mehr. Er bietet den Ratsmitgliedern an, ihn zu Fragen zu kontaktieren. Er werde die aktuellste Form des Kooperationsvertrages nochmals zuschicken.

Zu Punkt 10: Zertifizierung „Biosphärenreservat“

hier: Entscheidung über eine Vereinbarung zur Kooperation in der Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer (s. Vorlage Nr. VO21-113 und Ergänzungsvorlage VO21-113a)

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme die Entscheidung über eine Vereinbarung zu Kooperation in der Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer bis Mitte August zu verschieben. Für den 05. August 2021 wird eine Informationsveranstaltung terminiert.

**Zu Punkt 11: Bauvoranfrage Hanna Uecker, Melkerpad 20, 26465 Langeoog
Neubau bzw. Anbau mit 4 - 5 Wohneinheiten als Mitarbeiterwohnraum am Schniederdamm 22
(s. Vorlage Nr. VO21-114)**

Ratsherr Uecker nimmt nach § 41 NKomVG an der folgenden Beratung und Abstimmung nicht teil.

Stv. Bürgermeister Janssen erläutert die Versiegelung der Flächen. Der Postbetrieb befindet sich im rückwärtigen Bereich und die gepflasterte Zufahrt sei notwendig für den E-Karrenbetrieb.

Der Rat beschließt einstimmig

- der Bauvoranfrage für den An- bzw. Neubau von 4 – 5 Wohneinheiten als Mitarbeiterwohnraum unter der Voraussetzung zuzustimmen, dass eine der Gestaltungssatzung entsprechende Dachform (Sattel-, Krüppelwalm-, Walm- oder Mansarddach) gewählt wird und
- eine Überschreitung der versiegelten Flächen (Grundflächenzahl II) um 0,08 auf 0,83 im Rahmen einer Befreiung zuzustimmen.

Ratsherr Uecker nimmt wieder an der Sitzung teil.

**Zu Punkt 12: Bauvoranfrage Eheleute Martina und Andreas Peter, Stückstraße 70,
33604 Bielefeld
Neubau eines Einfamilienhauses mit Veranda und Nebengebäude an der Willrath-Dreesen-Straße 84
(s. Vorlage Nr. VO21-116)**

Bürgermeisterin Horn berichtet über den Sachstand. Seitens des Landkreises sei zunächst die Aussage erfolgt, dass es sich um eine Bauruine handle. Kurz vor der Zwangsversteigerung habe der Landkreis dann eine Bebauung innerhalb der vorhandenen Gebäudestrukturen genehmigt.

Die Frage von Ratsherrn Kuper, ob bei einer Anfrage der Nutzung als Ferienwohnungen im Außengebiet der Rat einbezogen würde, bejaht Bürgermeisterin Horn. Die jetzige Entscheidung obliege dem Landkreis und man habe keinen Einfluss.

Ratsherr Piekarski äußert, dass der Landkreis kurz vor der Zwangsversteigerung seine Entscheidung revidiert habe. Dadurch habe man den Insulanern verwehrt mitzubieten. Die Vorgehensweise des Landkreises sei nicht akzeptabel.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass seitens der Verwaltung nur die bekannten Interessenten informiert werden könnten. Die Vorgehensweise des Landkreises sehe sie ebenfalls als Ungleichbehandlung.

Die Frage von Ratsherrn Voß, ob es Auswirkungen habe, wenn der Rat das Projekt ablehne, verneint Bürgermeisterin Horn. Die Hoheit liege beim Landkreis.

Der Rat nimmt die Bauvoranfrage zur Kenntnis.

Zu Punkt 13: Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes G „Friesenstraße/Süderdünenring“ für das Grundstück Mittelstraße 27, 26465 Langeoog, Flur 4, Flurstück 79/5

Antragsteller: Haus Dünenlust Norda Westerkamp & Frank Niemeier GbR (s. Vorlage Nr. VO21-125)

Ratsherr Streitböcker verweist auf die Abstimmung im Verwaltungsausschuss.

20.11 Uhr: Auf Wunsch von Bürgermeisterin Horn erfolgt eine Sitzungsunterbrechung. Sie bittet Ratsvorsitzenden Adelmund und Ratsherrn Streitböcker vor die Tür.

20.13 Uhr: Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung erneut

20.13 Uhr: Ratsherr Sommer verlässt aufgrund eines Feuerwehreinsatzes die Sitzung.

Ratsherr Streitböcker trägt zum Thema Wohnraum vor. Langeooger Unternehmer hätten Häuser gekauft und damit Wohnraum geschaffen. Die Kommune habe nicht genügend Wohnraum, verfüge aber über Grundstücke für den Mietwohnungsbau. Bisher sei jedoch nie eine Bedarfsanalyse erstellt worden. Im Zusammenhang mit dem Antrag der Familie Westerkamp seien alle alten Bebauungspläne zu sehen. Diese hätten Bestand. Bei neuen Bebauungsplänen sei eine Festlegung auf Dauerwohnen sinnvoll. Eine Teilung des Baufensters soll jetzt in diesem Fall Dauerwohnen festsetzen. Seines Erachtens spiele das Angebot der Familie Westerkamp auf Festlegung von Dauerwohnen keine Rolle und entwerte das vorhandene Eigentum. Er verweist auf das Thema Milieuschutzsatzung. Dies sei nicht die Lösung um Wohnraum zu schaffen. Er befürchte, dass die Verwaltung Eingriffe in die Rechte der Eigentümer plane.

Bürgermeisterin Horn stimmt in einigen Punkten zu. Anders würde es aber heißen die Kommunen Norranderney und Juist hätten mit ihrer Milieuschutzsatzung ihre Inseln enteignet. Die Verwaltung habe die Vorlage entsprechend dem Gespräch mit Familie Westerkamp verfasst. Frage sei es, ob nicht alle Möglichkeiten bedacht werden müssen Wohnraum zu sichern, zumal wenn es angeboten werde. Eine Bedarfsanalyse, die reale Zahlen liefern soll, sei schwierig. Menschen, die zwangsläufig keinen Zugang zu der Befragung hätten, könnten ihren Bedarf nicht anmelden.

Ratsherr Uecker äußert, dass das Pferd von hinten aufgezäumt und Grundstücke verkauft wurden. Es sei Dauerwohnraum von Inselanern vorhanden. Man müsse Vorhandenes schützen. Familie Westerkamp schaffe Dauerwohnraum. Dem Antrag sollte zugestimmt werden. Er stellt den Antrag.

Stv. Bürgermeister Janssen schließt sich den Worten von Ratsherrn Streitböcker an. Man müsse die Historie der Entwicklung Langeoogs sehen. Viele Langeooger Familien hätten die Insel über Jahre aufgebaut. Auf dem Grundstück der Familie Westerkamp seien Ferienwohnungen erlaubt. Ob sie Dauerwohnraum wollen, können sie selbst entscheiden. Es müsse dafür aber kein Beschluss für eine Änderung des Bebauungsplanes gefasst werden.

Stv. Bürgermeister Janssen verweist auf die Äußerung von Herrn Zörner nach dem letzten Bauausschuss.

Er erklärt, dass das wertvollste Grundstück der Kommune das Gelände des ehemaligen Internats als Dauerwohnraum gesichert wurde und er die Äußerungen für unpassend halte.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert, dass hier der Eindruck entstehe die Verwaltung könne Änderungen entscheiden. Er weist darauf hin, dass eine Vorbereitung durch die Verwaltung erfolge, eine Entscheidung aber immer durch den Rat.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass man das Projekt der Familie Westerkamp sehr begrüße. Es gehe einzig darum, dass ein Angebot zur Schaffung von Dauerwohnen bestand.

Ratsherr Uecker möchte richtigstellen, dass die Verwaltung die Vorlagen erstellt und die Vorarbeit leiste, worüber der Rat anschließend beschließt.

Ratsherr Streitböcker unterstreicht die Aussage und verweist auf die von Bürgermeisterin Horn angestoßene Diskussion für eine Milieuschutzsatzung. Das Angebot der Familie Westerkamp spiele keine Rolle. Man schaffe hier einen Präzedenzfall.

Kämmerin Baller bringt vor, dass die Kommune nicht über genügend Grundstücke verfüge. Problem sei die Erschließung. Diese Kosten könne die Gemeinde nicht tragen. Die Gemeinde erschließe zurzeit das Internatsgelände.

Bürgermeisterin Horn erklärt, selbstverständlich erkundige sie sich auch bei den Bürgermeistern Kollegen, wie die anderen Inseln mit der Wohnraumproblematik umgehen. Man könne dem Rat der Insel Spiekeroog nicht unterstellen, dass er die Insulaner enteignen möchte. Sie sehe den Begriff „Enteignung“ als bewusst verwendet, um Emotionen zu erzeugen. Dies diene keiner konstruktiven Diskussion. Sie müsse zu verschiedenen Sachverhalten die Möglichkeiten vorstellen und präsentieren.

Ratsherr Voß erklärt, dass es im Fall Westerkamp nur um das Gebäude gehe. Man verzichte auf einen großen Teil des Wertes. Weiterer Effekt sei, es entstünden weniger Gästebetten.

Ratsherr Uecker bringt vor, dass es weitere erschlossene Grundstücke auf der Liste der Grundstücke gebe.

Ratsherr Streitböcker möchte wissen, ob im Vorfeld die Kosten für die Erschließung auf die Käufer umgelegt werden können, wenn Grundstücke als Insulanermodell ausgewiesen werden.

Kämmerin Baller erläutert, dass dies nur möglich sei, wenn vorher eine Übertragung an einen Erschließungsträger erfolge. Ansonsten müsse die Gemeinde einen Eigenanteil tragen.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass zunächst das Grundstück ehemaliges Internat zuende beplant werden soll. Dies sei erschlossen.

Auf Antrag Ratsherr Uecker beschließt der Rat mit 8 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen der Empfehlung des Bauausschusses ohne Punkt 3 zu folgen.

- Die Aufstellung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes G „Friesenstraße/Süderdünenring“ (Aufstellungsbeschluss)
- Mit der Änderung des Bebauungsplanes das Ing.-Büro Thalen aus Neuenburg zu beauftragen. Die Kosten trägt die Antragstellerin.

- Alle übrigen Festsetzungen des Bebauungsplanes G bestehen bleiben

Zu Punkt 14: Mehrkosten der Reparaturarbeiten an den Flachwagen Nr. 27 und Nr. 28
(s. Vorlage Nr. VO21-129)

Vorarbeiter Bahnbetriebswerkstatt Jakob führt zum Sachverhalt aus. Die aufgeführten Zusatzkosten beziehen sich auf vier Drehgestelle.

Auf die Frage von Ratsvorsitzenden Adelmund nach den Kosten für eine Neuanschaffung bzw. wie schnell mit einer Lieferung zu rechnen sei, erklärt Vorarbeiter Bahnbetriebswerkstatt Jakob, dass bei einer Neuanschaffung die Landeseisenbahnaufsicht die Waggons freigeben müsse. Ein Ingenieurbüro müsse die Planung nach Bahnbetriebsordnung vornehmen. Er rechne mit 1 bis 1,5 Jahren Planungs- und Vorbereitungszeit mit Kosten bis zu € 125.000,00 pro Waggon. Man benötige für die Planung einer kompletten Erneuerung bis zu 10 Jahre. Neuwagen seien mit den alten Waggons nicht kuppelbar.

Stv. Bürgermeister Janssen hält es nach dieser Diskussion für sinnvoll die alten Wagen zu reparieren und langfristig zwei neue Wagen anzuschaffen.

Herr Jakob sieht es ebenso.

Ratsherr Uecker verweist auf die Vorlage und fragt nach der Summe der Mehrkosten, bzw. nach der Gesamtsumme der Kosten, die überschritten werde.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass die Reparatur der Flachwagen bereits beschlossen sei. Die Gesamtsumme, inkl. der Mehrkosten von € 29.235,84, betrage € 72.499,00.

Ratsherr Uecker bittet in Vorlagen die Grundpreise aufzuführen, auch wenn ein Beschluss schon erfolgt sei.

Ratsherr Bents verweist auf die heute zugestellte Aufstellung und verliert die Einzelkosten.

Ratsherr Piekarski verweist auf den Beschlussvorschlag. Es sei die Rede von „geschätzten“ Kosten. Er fragt, ob weitere Kosten hinzukommen können und wann mit einer Fertigstellung der Wagen zu rechnen sei.

Vorarbeiter Bahnbetriebswerkstatt Jakob erläutert die Kosten. Er gehe von einer Auskömmlichkeit aus. Die Fertigstellung könne drei Wochen oder länger dauern.

Der Rat beschließt einstimmig die Mehrkosten von geschätzten € 29.235,84 für Wagen Nr. 27 und 28 zu vergeben.

Zu Punkt 15: Anschaffung eines Ackerschleppers für die Anhänger- und Containerverladung für den Hafen Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO21-130)

Stv. Bürgermeister Janssen fragt, ob ein Frontlader mit angeschafft werde.

Vorarbeiter Bahnbetriebswerkstatt Jakob erklärt, dass ein Frontlader mit angeboten wurde. Eventuell könne auch nur die Vorbereitung dazu geordert werden, damit ein Einsatz am Strand möglich sei.

Stv. Bürgermeister Janssen würde dies so beantragen. Die Bereifung sei sonst schwerlich für den Strand geeignet.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass Herr Lühring und Herr Sjuts noch ein Gespräch wünschen. Der Beschluss müsse dann unter Vorbehalt des Gespräches erfolgen.

Der Rat beschließt einstimmig die Vergabe der Lieferung eines Ackerschleppers nach Leistungsbeschreibung an die Firma Remmers Landtechnik GmbH aus Reepsholt, vorbehaltlich einer abschließenden Klärung, ob der Frontlader erforderlich ist, dann zum Preis von € 95.499,00 netto, vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt.

**Zu Punkt 16: Energetische Sanierung Turnhalle
hier: Elektroarbeiten
(s. Vorlage Nr. VO21-145)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 17: Wer entscheidet was in einer Kommune
(s. Vorlage Nr. VO21-146)**

Bürgermeisterin Horn verliest die Vorlage und erklärt, dass seitens der Kommune Überlegungen für eine Informationsveranstaltung bestehen. Vom Grundsatz würde dies in Wahljahren meist von den Parteien angeboten. Sie erläutert anhand einer Präsentation die Entscheidungswege in Rat und Verwaltungsausschuss.

Ratsherr Uecker äußert, dass die Bürgermeisterin die Leitung der Verwaltung habe, gleichzeitig aber auch Mitglied des Rates sei und genauso abstimme wie der Rat.

Der Rat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**Zu Punkt 18: Planung von Eckdaten für die Zukunftsperspektive der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO21-147)**

Bürgermeisterin Horn verliest die Vorlage.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Ratsherr Uecker verweist auf bereits mehrere bestehende Masterpläne. Er fragt, wann der Tourismusmanager komme.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass der Tourismusmanager wie besprochen spätestens zum Dezember 2021 erwartet werde.

**Zu Punkt 19: Sicherung von Boden für den Tourismus-Service der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO21-148)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 20: Auftragsvergabe Wiederaufnahme und Projektkoordination der Baumaßnahme KWC
(s. Vorlage Nr. VO21-149)

Der Rat beschließt einstimmig die Vergabe der Wiederaufnahme und Projektkoordination der Baumaßnahme KWC, vorbehaltlich der Zustimmung des zuständigen Rechnungsprüfungsamtes, zum Preis von netto € 79.976,90 an die Firma Daniel Reccius – Baubetreuung Oldenburg,

Zu Punkt 21: Prüfungsmitteilung Kommunale Flugplätze
(s. Vorlage VO21-150)

Bürgermeisterin Horn weist auf die gesetzliche Vorgabe für die Mitteilung des Prüfungsberichtes hin.

Auf die Frage von Ratsherrn Kuper, warum die Anlage auf der Homepage nicht veröffentlicht sei, weist Allgemeiner Vertreter Heimes auf den Datenschutz hin. In der Auflistung seien auch andere Flugplätze aufgeführt.

Ratsherr Kuper stellt fest, dass der Flugplatz Langeoog der einzige als Eigenbetriebe geführte und am wenigsten wirtschaftliche sei.

Der Rat nimmt die Prüfungsmitteilung Kommunale Flugplätze zur Kenntnis.

Zu Punkt 22: Antrag auf Aufhebung der Fahrgastzahlen aller Fähren/Inselbahnen der Schifffahrt der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage VO21-151)

Ratsherr Piekarski würde dem Antrag zustimmen. Die Schifffahrt verliere Gelder und sei die einzige, die noch begrenzt fahre.

Bürgermeisterin Horn verweist auf eine gestrige Reederkonferenz. Ihr lägen anderslautende Mitteilungen vor. Auch andere Reedereien würden noch die freiwillige Selbstbegrenzung fahren. Die Schifffahrt Langeoog fahre mit 2/3 Auslastung, würde bei Bedarf aber bis zur Volllast noch mitnehmen, wenn es nicht anders ginge. Sie halte es für sehr unglücklich, wenn die Schifffahrt Langeoog die einzige sei, die grundsätzlich bis Ende Juni mit Volllast fahre. Aktuell komme man an die Volllast sowieso nicht heran. Die Schifffahrt würde eine Beförderung 500/300 auf zwei Fähren verteilt vorziehen und die Anreisen steuern. Selbstverständlich würde jeder Gast am gleichen Tag befördert.

Ratsherr Streitbürger bringt vor, dass allgemein im öffentlichen Nahverkehr Volllast gefahren werde, nur bei der Schifffahrt Langeoog nicht. Die Inzidenzen gingen runter. Die Gäste kämen negativ getestet. Die Ferien stünden an und die Schifffahrt müsse jetzt Geld verdienen.

Ratsherr Kuper beantragt die Entscheidung in die Hände der Betriebsleitung zu legen. Die Verwaltung sei dann frei von der Entscheidung die Schiffe zu belegen.

Auf Antrag Ratsherr Kuper beschließt der Rat mit 7 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen

- a. dem Antrag der CDU-Fraktion des Gemeinderates Langeoog wird entsprochen. Die Begrenzung der Fahrgastzahlen für alle Fähren und Inselbahnen der Schifffahrt Langeoog wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben und eine Vollausslastung wird ab dem 17.06.2021 ermöglicht.

Zu Punkt 23: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

1. Bürgermeisterin Horn berichtet über Probleme der Gepäckbeförderung am vergangenen Wochenende aufgrund eines fehlenden Frachtschiffes. Die Werftzeiten für die Schiffe würden lange im Voraus geplant. Nun hatte sich der Baustopp verschoben, so dass Koffer und Baumaterialien transportiert werden mussten. Im September stehe erneut eine Werftzeit an.

In dem Zusammenhang teilt Bürgermeisterin Horn mit, dass am Frachtschiff eine Bugklappe erneuert werden müsse. Die Kosten werden mit € 100.000,00 beziffert.

2. Bürgermeisterin Horn berichtet von der gestrigen Sitzung in Hannover zur Digitalisierung der Verwaltung. Die E-Akte sei Rechtsverpflichtung der Kommunen. Bürgermeisterin Horn erläutert den Sachverhalt.

Kämmerin Baller ergänzt die Mitteilung, dass in der Kämmerei die E-Akte bereits im Einsatz sei. Die Umstellung auf E-Rechnung erfolgte bereits 2018.

3. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass der Bauausschuss aus organisatorischen Gründen auf den 29.06.2021 verlegt wurde. Das Haus der Insel sei wieder in Nutzung, wodurch eventuelle Änderungen bei den Sitzungsterminen entstehen.
4. Bürgermeisterin Horn informiert über die Rückmeldung von Herrn Thater. Er habe in Abstimmung mit dem Bauamt direkt die Unterlagen vom Landkreis angefordert, was aber dann 3,5 Wochen gebraucht habe. Nächsten Dienstag erfolge eine Begehung des Haus der Insel.
5. Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet zu den Brücken, dass das Leistungsverzeichnis zum Sanierungskonzept der Brücken jetzt vorliege. Parallel wurde das Vergabeverfahren geprüft. Die Sanierung könne an den bisherigen Auftragnehmer vergeben werden. Am Freitag erfolge eine Abstimmung. Zudem gebe es bei einem solchen technischen Bauwerk einen erheblichen Prüfungsaufwand für die Freigabe. Er verweist zudem auf die schwierige Situation bei der Materialbeschaffung.

Zu Punkt 24: Anträge und Anfragen

- a. Ratsherr Piekarski erkundigt sich nach dem Sachstand für das Streaming.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass die Sitzung heute gestreamt hätte werden können, aber dies auf Bitte der IT-Abteilung zurückgestellt wurde. Zudem müsse der Saal nach der Sitzung wieder für die Ärztagung hergerichtet werden.

- b. Ratsherr Piekarski fragt nach den Markierungen der Rettungsflächen am Strand. Derzeit seien die Markierungen nicht mehr erkennbar und die Flächen mit Fahrrädern zugestellt.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass die Markierungen in Arbeit seien.

- c. Ratsherr Uecker beantragt bei Vorlagen mit finanziellen Beschlüssen zukünftig das Gesamtvolumen, die bisherigen Ausgaben, die Zwischensumme, die zu beschließende Summe sowie die Endsumme aufzuführen.
- d. Ratsherr Kuper verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Antrag für die Anschaffung eines Ratsinformationssystems.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass die Kommunalwahl abgewartet werden soll. Am 04.11.2021 sei die konstituierende Sitzung vorgesehen und anschließend eine Klausurtagung. Das Problem sei auch, dass die alten Vorlagen händisch in das System eingepflegt werden müssten. Ein Ratsinformationssystem werde kommen.

- e. Ratsvorsitzender Adelmund bittet für den Termin mit Herrn Thater Ratsmitglieder zu berücksichtigen. Hinzukommen werden Stv. Bürgermeister Janssen und Ratsherr Streitböcker.

Bürgermeisterin Horn weist darauf hin, dass Herr Weidanz und Herr Wirdemann ebenfalls hinzukommen.

Zu Punkt 25: Einwohnerfragestunde

Andreas Moselage

Herr Moselage verweist die auf zwei Elektrohülszylinder, die ungeschützt auf einer Lore auf dem Bahnhofsvorplatz lagern.

Vorarbeiter Bahnbetriebswerkstatt Jakob erklärt, dass es sich um Tauschzylinder handle. Es sei kein Lagerplatz vorhanden. Die Zylinder gehörten in die richtige Lagerung würden jetzt aber im gleichen Zustand liegen, wie in der Nutzung. Ein Lagerplatz werde geklärt.

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt verweist auf den Beschluss für die Bebauungsplanänderung. Familie Westerkamp habe dort Dauerwohnen angeboten und der Rat habe es abgelehnt um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Er frage sich, ob jetzt andersherum ein Präzedenzfall geschaffen wurde.

Frau Norda Westerkamp verweist auf den Beschluss des Bauausschusses, den sie als Antragstellerin entgegen ihrem Antrag inzwischen als besser empfinde. Es würde auch mit jetzigem Beschluss Dauerwohnen betrieben. Die Bebauungspläne müssten insgesamt überdacht werden.

Uwe Garrels

Herr Garrels bringt vor, dass sich um den Wohnvorrat auf der Insel Gedanken gemacht werden müsse. Es gehe um den Grundbesitz der Einheimischen. Über die Bebauungspläne habe man sich früher keine Gedanken gemacht. Es müsse Langzeitwohnen und Arbeiten auf Dauer ermöglicht werden.

Christopher Zörner

Herr Zörner fragt nach dem Stand der Onlinebuchung.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass Tagesgäste nach ihrem Kenntnisstand online buchen können. Insgesamt sei die Onlinebuchbarkeit auf Bitte des Teams für November geplant.

Andreas Moselage

Herr Moselage teilt mit, dass bezüglich seiner Anfrage zum Rasenmähen an der Bahnbetriebswerkstatt er einen Anruf von Herrn Lühring bekomme habe. Die Frage sei beantwortet.

Ratsvorsitzender Adelmund

Ratsvorsitzender Adelmund teilt mit, dass er zur nächsten Kommunalwahl nicht mehr antrete.

Zu Punkt 26: Schließung der Sitzung

Ende: 21.36 Uhr



Katja Heimes
Protokollführerin



Heike Horn
Bürgermeisterin



Rainer Adelmund
Ratsvorsitzender